

# Wer wird am Ende uns retten?

Expertenforum zur Finanzkrise – Paul Kirchhof: Schulden sind schlecht für den Staat

Von Gerald Schneider

Über 1,7 Billionen Euro – auf diese Summe beläuft sich die Verschuldung der öffentlichen Hand in Deutschland. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Lage weiter verschärft. Auch Unternehmen haben unter der Krise zu leiden. Selbst Experten fragen sich, ob es je gelingen wird, einen Weg aus der sich immer schneller drehenden Schuldenspirale zu finden. „Staatsfinanzierung und Wirtschaftsfinanzierung am Scheideweg“ lautete daher der Titel des „Convoco-Forums“ am Samstag in Salzburg.

„Schulden sind zur Finanzierung von Aktivitäten nicht per se schlecht“, meinte Roland Berger, Aufsichtsratschef der gleichnamigen Unternehmensberatung. Doch seien die Höhe der Verschuldung und der Zweck des Mitteleinsatzes entscheidend. Sofern die Schulden geringer seien als das Wirtschaftswachstum und mit dem Geld Werte geschaffen würden, seien Schulden auch für Staaten ein probates Mittel der Geldbeschaffung, sagte Berger.

„Schulden in der gegenwärtigen Lage sind schlecht für den Staat“, entgegnete Paul Kirchhof. Der ehemalige Verfassungsrichter und Direktor des Instituts für Finanz- und Steuerrecht an der Universität Heidelberg machte dabei auf die Unterschiede im Handeln von Staaten und Personen, beziehungsweise Unternehmen, aufmerksam. Während bei Letzteren die mögliche Haftung unmittelbar folge, würden Staaten diese auf die kommenden Generationen verschieben – und diese hätten selbst keine Einfluss- und Widerspruchsmöglichkeiten. Zudem zahle der Staat derzeit keine Schulden zurück, sondern tilge lediglich die Zinsen. Dies sei auf Dauer schlecht für das Gemeinwesen. Der Staat begeben sich in die Gefahr, in die Abhängigkeit von der Finanzwirtschaft zu geraten. Kirchhof forderte deshalb: „Es muss Schluss sein mit der Neuverschuldung und wir brauchen Konzepte zum Schuldenabbau.“

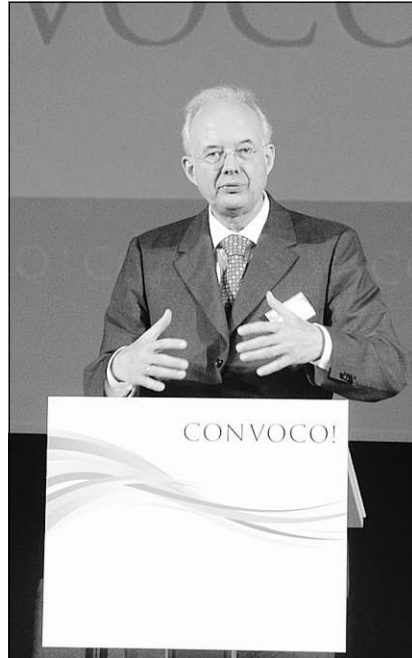
In diesem Zusammenhang wird auch immer wieder die Insolvenz von Staaten diskutiert. Christoph



Gehörten zu den Referenten des „Convoco“-Forums: der Präsident des Center for Financial Studies, Otmar Issing (l.), und Verfassungsrechtler Paul Kirchhof.

Paulus, Lehrstuhlinhaber für Bürgerliches Recht, Zivilprozessrecht und Insolvenzrecht an der Humboldt-Universität in Berlin, gab zu bedenken, dass eine Insolvenz nicht das Ende allen Handelns sei. Im Zusammenhang mit Staaten spricht er zudem von einem „turn around“, also der Umkehr vom Leben auf Pump zu einer soliden Haushaltsführung. In den USA gebe es entsprechende Regelungen, wie sich Gemeinden, darunter auch Städte wie New York, von ihrer Schuldenlast befreien könnten. Es gelte daher zu prüfen, ob solche Regelungen sich auch auf Staaten übertragen ließen. Ausgangsbasis dafür müsse in jedem Fall ein Insolvenzplan des Staates sein, dem dann die Gläubiger zustimmen müssten. Und das sei dann in jedem Fall mit erheblichen Einschnitten für den betroffenen Staat verbunden.

„Wer wird gerettet?“, fragte Wolfgang Schön, Direktor des Max-Planck-Instituts für Geistiges Eigentum, Wettbewerbs- und Steuerrecht in München, angesichts der vielen Rettungsschirme für Staaten und den Euro. Ein strukturiertes Verfahren zur Refinanzierung von



Staaten sei wünschenswert. Doch müssten klare Ziele formuliert werden, die Schön so nicht zu erkennen vermag: „Haben wir Griechenland gerettet? Haben wir den Euro gerettet? Muss man Aktionäre retten, die sich verspekuliert haben, oder retten wir Vorstände davor, aus dem Amt gedrängt zu werden? Wir retten gerade ein bisschen viel. Wer rettet am Ende uns?“

Doch am Ende könnte die Antwort auf die Frage nach der Sinnhaftigkeit von Schulden doch so einfach sein: „Wer keine Schulden haben will, darf eben keine aufnehmen. Das ist eine Frage der Disziplin“, schrieb Stefan Korioth, Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Kirchenrecht an der Ludwig-Maximilians-Universität in München, der Politik ins Stammbuch.

Ein Problem aber konnten auch die Experten nicht lösen. Wo soll der Staat sparen, dessen Haushalt durch Sozialausgaben, Zinsdienst sowie Personalkosten in hohem Maße festgezurr ist und wenig Spielräume offen lässt?

Fest jedoch steht, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise die Verschuldungslage der Staaten weiter ver-

schärft hat. So muss es nun oberstes Ziel sein, derartige Krisen in Zukunft zu vermeiden, wie Otmar Issing zu Beginn der Veranstaltung feststellte. Der Präsident des Center for Financial Studies in Frankfurt und ehemaliges Mitglied des Direktoriums der Bundesbank und der Europäischen Zentralbank, regte eine Verbesserung der Regulierung und Aufsicht der Finanzmärkte an. In seiner Analyse des Zustandekommens der Krise stellte Issing fest, dass eben diese Regulierungen versagt hätten, was zu hochkomplexen Finanzprodukten geführt habe, deren Risiken kaum noch zu durchschauen waren. Issing forderte dazu auf, Strukturen zu schaffen, mit denen sich makroökonomische Risiken besser erkennen ließen. Durch das Prinzip „too big to fail“, mit dem die Rettung von Banken begründet worden war, um einen Zusammenbruch der gesamten Finanzbranche zu verhindern, sei zudem das Prinzip der Haftung durchbrochen worden. Dies habe den Glauben an die Märkte schwer ins Wanken gebracht.

Doch ein Gutes könnte auch in der Krise liegen. „Die Europäer können nun erkennen, dass sie ein gemeinsames Schicksal teilen“, sagte Corinne Flick, geschäftsführende Gesellschafterin der Convoco gemeinnützige Stiftungs-GmbH. Deutlich sei: „Der Prozess der europäischen Einigung steht erst am Anfang.“

## ■ Zum Thema

### Das Convoco-Forum

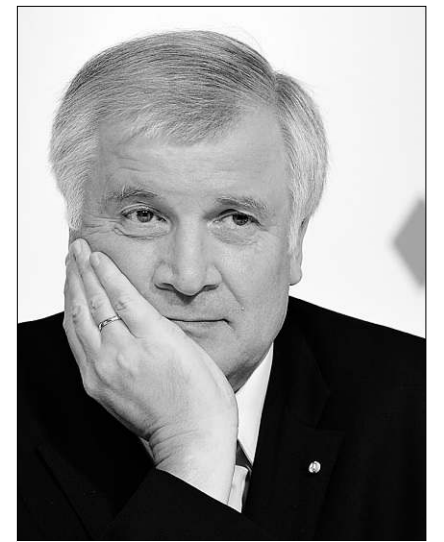
„Convoco schafft für führende Köpfe aus Wirtschaft, Politik, Recht, Wissenschaft, Kultur und Medien Plattformen, die einen freien und interdisziplinären Gedankenaustausch zu gesellschaftlich relevanten Fragen ermöglichen und die Debatte beflügeln“, heißt es auf der Homepage des Vereins. „Ziel des Aufeinandertreffens von Theorie und Praxis im Rahmen von Diskussionen, Vorträgen und Foren ist es, für Themen zu sensibilisieren, die Diskussionskultur zu pflegen und mit dem Anstoßen des Einzelnen die Gesellschaft zu bewegen.“

## Horst Seehofer ist „verliebt ins Gelingen“

CSU-Chef Horst Seehofer fordert Konsequenzen aus dem „Absturz“ der schwarz-gelben Bundesregierung in Meinungsumfragen. Beim Bezirksparteitag der oberbayerischen CSU in Erding warnte Seehofer am Samstag die Berliner Koalitionspartner eindringlich vor einem weiteren „Kaputtreden“ von getroffenen Entscheidungen. Stattdessen müssten Union und FDP ihre Erfolge mehr als bisher herausstellen.

Seehofer kritisierte, derzeit gebe es in der Koalition „zu viele Puzzlespieler und zu wenige Strategen“. Er bekannte sich jedoch zu einer Fortsetzung des Bündnisses mit den Liberalen. Er wolle weiter eine bürgerliche Regierung. Die Alternative dazu könne man jetzt in Nordrhein-Westfalen sehen – nämlich die Abhängigkeit einer linken Regierung von „Kommunisten“. Seiner Partei machte Seehofer mit dem Satz Mut, die CSU habe allen Grund, „selbstbewusst unterwegs zu sein“. Er betonte: „Wir sind verliebt ins Gelingen – und nicht ins Scheitern.“

Der CSU-Chef verwies darauf, dass einer Umfrage zufolge fast die Hälfte der Bürger der FDP die



Ministerpräsident Horst Seehofer.

Hauptschuld für das schlechte Verhältnis innerhalb der Berliner Koalition gebe. Im Dauerstreit über die Gesundheitsreform sieht Seehofer jedoch das schwarz-gelbe Bündnis auf einem „guten Weg“. Seehofer sicherte ferner dem Sparpaket der Bundesregierung angesichts der jüngsten Kritik der Arbeitnehmervereinigung (CSA) seiner Partei uneingeschränkte Unterstützung zu. Die CSU stehe hinter dem Programm. Eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes lehnte der bayerische Ministerpräsident erneut ab. Die CSA-Vorsitzende Gabriele Stauner hatte am Donnerstag von einer „sozialen Schiefelage“ des Programms gesprochen.

Seehofer ging in seiner Rede auch auf Presseberichte über Spannungen zwischen ihm und Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) ein. Der CSU-Chef versicherte, Guttenberg habe seine Unterstützung bei der geplanten Bundeswehr-Reform. Allerdings müsse er als Ministerpräsident darauf achten, dass von Einsparungen möglichst wenig Standorte in Bayern „tangiert“ werden. Seehofer fügte mit Blick auf die guten Umfragewerte von Guttenberg hinzu, einem Parteivorsitzenden könne „gar nichts Besseres passieren“, als einen so beliebten Minister in den eigenen Reihen zu haben.

Seehofer bekam für seine Rede viel Applaus. Der Bezirkschef der oberbayerischen CSU, Siegfried Schneider, sicherte dem Parteivorsitzenden Unterstützung zu. Der Bezirksverband stehe hinter Seehofer.

Der CSU-Chef sorgte in Erding auch für Heiterkeit. Er berichtete, dass die bayerische Sozialministerin Christine Haderthauer (CSU) so gut bei der Bevölkerung ankomme, dass er von immer mehr Bürgern aufgefordert werde: „Lassen Sie die Christine Haderthauer in Ruhe!“ In das Gelächter der Delegierten hinein stellte Seehofer dann klar, dass dies nur „politisch“ gemeint gewesen sei. Jörg Säuberlich, ddp

# „Der Wind weht uns kräftig ins Gesicht“

Die CDU-Basis muckt angesichts der Koalitionskrise auf – Von Merkel enttäuscht

Von Joachim Schucht, dpa

Der Mann aus dem tief-schwarzen Münsterland nimmt kein Blatt vor den Mund. Seit 35 Jahren sei er in der CDU dabei, sagt Edelbert Rauen. Dem Bürgermeister der Gemeinde Wettringen ist die Verzweiflung anzumerken. „Was sich seit der letzten Bundestagswahl abgespielt hat, verstehen weder die Wähler noch die Mitglieder“, erregt sich der gestandene Christdemokrat. Viel Hoffnung, dass es bald besser wird, hat Rauen offenbar nicht. Es gebe ein „riesiges Glaubwürdigkeits- und Vertrauensproblem“. Wenn das so weitergehe, „sind wir in den Umfragen bald unter 30 Prozent“.

Gut 150 Kreisvorsitzende sind zur Beratschlagung ins Berliner Konrad-Adenauer-Haus gekommen. Wie die Stimmung an der Basis derzeit ist, darüber macht sich die alarmierte CDU-Spitze keine Illusionen. „Der Wind weht uns kräftig ins Gesicht“, räumt Generalsekretär Hermann Gröhe ein. So wie in den letzten Wochen könne es nicht weitergehen.

Oben auf dem Podium macht sich Angela Merkel eifrig Notizen, während unten die Parteifunktionäre Dampf ablassen. Von der Schärfe des Tons scheint die Parteichefin doch überrascht. Mit zeitweise versteinerter Miene verfolgt die Kanzlerin die Debatte. Ja, nachvollziehen könne sie die Unzufriedenheit mit dem Erscheinungsbild der Re-



Kanzlerin Angela Merkel stellt sich in Berlin den CDU-Kreisvorsitzenden.

gierung: „Ich weiß, was die vor Ort, na ja, erleben.“ Elf Jahre lang habe man auf das schwarz-gelbe Bündnis warten müssen, sagt Merkel. „Wenn wir diesen Auftrag nicht erfüllen, wäre das ein Treppenwitz der Geschichte.“

Langwierig erklärt sie ihr Krisenmanagement bei der Euro-Rettung, verteidigt im Detail das Sparprogramm, attackiert den Wortbruch der NRW-SPD und lobt den eigenen Präsidentschaftsbewerber Christian Wulff. Doch der Funke zu den Mandatsträgern will nicht richtig überspringen. Eher höflich ist der Beifall. Spürbar ist die leise Enttäuschung darüber, keine klarere Bot-

schaft mit nach Hause nehmen zu können.

Deshalb wird weiter geschimpft. Kein Weg führe an Nachbesserungen beim Sparpaket vorbei, sagt Rauen. Völlig daneben sei es etwa, die Rentenbeiträge für Hartz-IV-Empfänger zu streichen: „Das löst doch das Problem nicht.“

Direkt von einem CDU-Treffen in Düsseldorf kommt der Landtagsabgeordnete Jens Petersen. „Die Verantwortlichen in Berlin zerstören das, was die Basis erfolgreich leistet“, so sei dort die vorherrschende Stimmung gewesen. Auch ein Wolfsburger Vize-Kreischef stimmt in diesen Chor ein. Noch nie habe es

so heftige Reaktionen gegeben. Andere vermissen die große politische Linie. Vom einstigen „Markenkern“ der CDU sei nicht mehr viel übrig. Der Berliner Fraktionsvize Michael Braun fühlt sich angesichts der Qualität der Beschimpfungen in der Koalition an die Atmosphäre in „einer billigen Kneipe“ erinnert.

Mehrfach wird von den Basisvertretern auch das „Hotelsteuergeschenk“ aufs Korn genommen. Das bringt Merkel noch einmal in Stellung. „Meine Priorität war das nicht“, stellt sie klar. Der ermäßigte Mehrwertsteuersatz sei der „Herzenswunsch“ von zwei anderen Parteien gewesen, sagt Merkel in Richtung von CSU und FDP.

Die Hauptarbeit liegt jetzt bei Gröhe, um die CDU bis zum nächsten Parteitag im November aufzurichten. Dabei liegt eine Menge Arbeit vor ihm. Mit rund 517 000 Mitgliedern weist die CDU derzeit den niedrigsten Stand seit 37 Jahren auf. Seit Angela Merkel vor zehn Jahren den Vorsitz übernommen hat, hat die Mitgliederzahl um 100 000 abgenommen. Zwischen 1990 und 2008 verlor die CDU zwei Drittel der Mitglieder in Ostdeutschland. Nach der Linkspartei weist die CDU auch den ungünstigsten Altersdurchschnitt auf. Fast jedes zweite Mitglied ist älter als 60. Nur 5,1 Prozent der CDU-Mitglieder sind 29 oder jünger. Auch dabei belegt die CDU im Vergleich zu den anderen Parteien im Bundestag den letzten Platz.